

Neue Zürcher Zeitung

NACHHALTIG HANDELN
VERLAGSBEILAGE

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Samstag, 24. Juni 2023 · Nr. 144 · 244. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.90

Das AKW-Verbot muss fallen

Ohne den Einsatz aller klimafreundlichen Technologien wird der Ausstieg aus den fossilen Energien nur schwer zu schaffen sein. Dazu gehört auch die Kernkraft. Sie darf den Ausbau der erneuerbaren Energien allerdings nicht bremsen. Von David Vonplon

Es war ein Hammerschlag, der bis zum letzten Wochenende nachwirkte. Vor zwei Jahren versenkte das Volk das CO₂-Gesetz, weil dieses das Autofahren verteuert hätte, das Fliegen und das Heizen. Es brauchte einen Neustart – und ein Gesetz, das weniger weh tat. Was zu kompliziert war, was schmerzhaft einschneidende oder zusätzliche Kosten gebracht hätte, wurde nun einfach weggelassen – oder auf später verschoben.

Die neue Unverbindlichkeit in der Klimapolitik hat das erhoffte Resultat gebracht. Dank den Maximen «Förderung statt Lenkung» und «Ziele statt Massnahmen» bekam das Klimaschutzgesetz am vergangenen Sonntag 59 Prozent der Stimmen.

Unsichere Stromimporte

Eine Zeitenwende sei das, fanden die Befürworter. Doch die neue Klimapolitik bringt auch fundamentale Herausforderungen mit sich. Kernstück auf dem Weg zur Klimaneutralität ist der Ersatz fossiler Energieträger durch elektrischen Strom aus CO₂-freien Quellen. Fallen gleichzeitig die Kernkraftwerke weg, muss die Stromproduktion damit bis 2050 praktisch verdoppelt werden. Nun stellt sich deshalb die Versorgungsfrage mit neuer Dringlichkeit: Wo wollen wir all den Strom hernehmen?

Fest steht nur, dass es ein Weiterwie-bisher nicht geben kann. In den vergangenen zwanzig Jahren hat die Schweiz im Winter, wenn die einheimischen Kraftwerke nicht genug produzieren, immer grössere Mengen an Strom aus dem Ausland importiert. Das war zwar sehr bequem. Und auch eine vernünftige Strategie, solange die Nachbarländer im Winter genügend Strom hatten, um ihn exportieren zu können.

In jüngster Zeit jedoch war dies immer weniger der Fall. In Frankreich stand zuletzt ein grosser Teil der in die Jahre gekommenen Kernreaktoren wegen technischer Probleme still. Ob es dem Land gelingt, schnell genug neue Kernkraftwerke zu bauen, die dann im Winter die Schweiz beliefern, ist fraglich. Und auch Deutschland, das unlängst die letzten verbliebenen Kernkraftwerke vom Netz nahm, dürfte spätestens nach dem Aus-

stieg aus der Kohle nicht mehr in der Lage sein, die Schweiz im Winter zuverlässig mit Strom zu versorgen. Dass die Schweiz über kein Stromabkommen mit der EU verfügt und sich mehr und mehr vom europäischen Strommarkt entkoppelt, macht eine Fortsetzung der Importstrategie noch riskanter.

Kurz- und mittelfristig kommt die Schweiz deshalb nicht umhin, die heimische Stromproduktion massiv auszubauen. Mit dem sogenannten Mantelerlass, der sich auf der Zielgeraden befindet, werden im Parlament derzeit die Weichen dafür gestellt. Die Vorlage verspricht, mit einer stärkeren Förderung von Solar-, Wind- und Wasserkraftwerken sowie gewissen Abstrichen beim Natur- und Landschaftsschutz bis 2035 mehr zusätzlichen Strom zu schaffen, als die gesamte Wasserkraft heute produziert.

Doch es bestehen Zweifel, ob die ambitionierten Ausbauziele, die in der Vorlage verankert sind, auch tatsächlich erreicht werden können. Zwar hat die Energiewende im Kleinen an Fahrt gewonnen; davon zeugen die vielen Solarpanels auf den Dächern von Bauernhöfen, Lagerhallen und Einfamilienhäusern. Allerdings bleibt auch mit den bisherigen Beschlüssen das Risiko bestehen, dass grosse Kraftwerke – also neue Staudämme, Solar- und Windparks – mit Einsparungen über Jahre blockiert werden. Zumal es Jahre dauern wird, bis die vom Bundesrat geplante Beschleunigung der Bewilligungsverfahren eingeführt wird.

Hinzu kommt, dass der Mantelerlass immer noch absturzgefährdet ist. In der Frage, wie weit die Einschränkungen beim Umwelt- und Landschaftsschutz gehen sollen und ob es eine Solarpflicht auf Neu- und Umbauten geben soll, bestehen weiterhin gewichtige Differenzen. Die Gefahr, dass am Schluss die Umweltverbände, die SVP oder beide das Referendum ergreifen, ist nicht gebannt.

Der Energiewende im Weg stehen dabei nicht zuletzt Landschaftsschützer und Grüne. Am Sonntag gehörten sie zu jenen, die den «Sieg für das Klima» am lautesten bejubelten. Doch wenn es darum geht, dass Solar- und Windkraftwerke schneller gebaut werden können, stehen sie auf der Bremse. Im Gespann mit der SVP verhielten die Grünen, dass Gebiete, die sich für die Nutzung von

Solar- und Windenergie eignen, in den kantonalen Richtplänen ausgeschieden werden können – und der Bau solcher Anlagen dort Vorrang erhält vor anderen nationalen Interessen.

Lieber hängt man bei den Grünen dem bequemen Irrglauben nach, dass eine klimaneutrale Energieversorgung mit Stromsparen und Photovoltaikanlagen auf Dächern und Infrastrukturen allein möglich ist. Dazu passt, dass die Kantonalpartei im Wallis an vorderster Front gegen den Bau alpiner Solaranlagen kämpft.

Unredlich ist auch die Politik der SVP. Im Abstimmungskampf wurde die Partei nicht müde, vor einem drohenden Strommangel zu warnen. Im Parlament jedoch torpediert sie den Ausbau der Erneuerbaren nach Kräften. So spricht sich die Partei gegen eine Beschleunigung der Verfahren für grössere Wind- und Solaranlagen aus, bläst in den Kantonen zum Kampf gegen Windräder und wehrt sich auch gegen eine Solarpflicht. Einzig beim Ausbau der Wasserkraft hat die SVP keine Einwände. Dabei weiss auch sie nur zu gut, dass die Energiewende damit nicht zu schaffen sein wird, weil fast alle guten Standorte für Kraftwerke und Speichersseen längst besetzt sind.

AKW länger laufen lassen

Man würde sich wünschen, dass alle Beteiligten angesichts der enormen Herausforderungen bei der Energieversorgung ihre ideologischen Scheuklappen ablegen und den Umbau des Systems unter Einbezug aller Technologien angehen. Es braucht die Sonnenenergie ebenso wie die Wind- und die Wasserenergie. Und es braucht eine Neubewertung der Kernenergie. Die zentrale Frage lautet dabei, ob sich die Schweiz den Ausstieg aus der Kernenergie vor dem Hintergrund der gewaltigen Herausforderung des Klimawandels und der Versorgungssicherheit längerfristig überhaupt leisten kann.

Denn zeigt sich in den nächsten Jahren, dass der Ausbau der Wasserkraft, die alpinen Solaranlagen und die neuen Windparks nicht genug Winterstrom liefern, wird die Schweiz auf diese zuverlässige CO₂-freie Stromquelle nicht verzichten können.

Gegenwärtig wird damit gerechnet, dass die bestehenden Kernkraftwerke sechzig Jahre laufen können – auch wenn die Schweiz keine Altersguilotine kennt. Während eine Verlängerung der Laufzeit bei den beiden Reaktoren in Beznau weder realistisch noch erwünscht ist, könnten Leibstadt und Gösgen gemäss Fachleuten auch achtzig Jahre betrieben werden, ohne dass ihre Sicherheit gefährdet ist. Allerdings erfordert dies teure Nachrüstungen, die einen wirtschaftlichen Weiterbetrieb fraglich erscheinen lassen. Falls nötig, sollte der Bund deshalb eine Subventionierung des Winterstroms oder eine Entlastung bei den Einzahlungen in den Stilllegungs- und Entsorgungsfonds prüfen.

Ebenso ist es an der Zeit, das Verbot für neue Kernkraftwerke zu hinterfragen. Das Volk hiess den Atomausstieg 2017 mit der Energiestrategie gut. Seither erlebt die Kernenergie im Ausland eine Renaissance – nicht zuletzt auch, weil sie vor dem Hintergrund der enormen Herausforderungen des Klimawandels an Attraktivität gewonnen hat. Mit dem Festhalten am bestehenden Technologieverbot verbaut sich die Schweiz bloss künftige Chancen und Lösungen.

Allerdings sollte man sich keine Illusionen machen: In einem Land, in dem selbst kleine Windräder jahrelang mit Einsparungen verzögert werden, dürfte es enorm schwierig werden, ein neues Kernkraftwerk zu realisieren. Zumal Umfragen zeigen, dass eine klare Mehrheit den Bau neuer Reaktoren weiterhin ablehnt. Dass die Blackout-Initiative, die eine Aufhebung des Neubauverbots fordert, eine Mehrheit finden wird, ist deshalb kaum vorstellbar. Ändern dürfte sich dies erst, wenn eine neue Generation von Reaktoren Marktreife erlangt, die günstiger ist und damit das Interesse von Investoren und Banken weckt.

So berechtigt es ist, dass die Debatte über neue AKW lanciert wird – einen Fehler darf die Schweiz nicht begehen: zu meinen, dass die Notwendigkeit, die erneuerbaren Energien auszubauen, mit der Aufhebung des Neubauverbots kleiner wird. Bis ein neues Kernkraftwerk entwickelt, bewilligt und gebaut werden kann, dauert es mindestens zwei Jahrzehnte. Den zusätzlichen Strom braucht die Schweiz aber schon viel früher.

ANZEIGE

PRAGER DREIFUSS
ATTORNEYS AT LAW



Private Clients
www.prager-dreifuss.com

Ein Krieg der Improvisation

Die Ukraine setzt nebst Hightech auch selbstgebaute Waffen ein

jon. · Erneut ist Kiew ein Schlag gegen die russische Kriegslogistik gelungen: Mit Raketen beschädigten die Ukrainer weit entfernt von der Front zwei Brücken, die die Krim mit der besetzten Region Cherson verbinden. Mutmasslich setzten sie dabei britische «Storm Shadow»-Raketen ein, die eine grosse Reichweite haben.

So wirksam die westlichen Hightech-Waffen im Krieg gegen Russland auch sind, stellen sie doch die Ausnahme dar. Nach wie vor stammen viele Waffensysteme aus Sowjetzeiten – oder sie sind gar selbstgebaut: So verwandelt etwa eine Gruppe von geflüchteten Bauern in Saporischja herkömmliche Pick-up-Trucks in Raketenwerfer.

International, Seite 3

Hacker veröffentlichen Daten von Einwanderern

Zehntausende von Personen betroffen

shu. · Der Hackerangriff auf den IT-Dienstleister Xplain ist gravierender als angenommen. Eine von der NZZ vorgenommene Analyse der von den Hackern im Darknet publizierten Daten zeigt, dass besonders das Aargauer Amt für Migration und Integration – ein Kunde von Xplain – betroffen ist.

So wurden etwa Tabellen mit Namen von ausländischen, im Aargau wohnhaften Personen inklusive Adresse, Aufenthaltsstatus, teilweise auch mit ID- oder Passnummer veröffentlicht. Die grösste Liste, jene zu Kosovo, enthält 35 000 Einträge. Ein anderes Leck betrifft die Software für Baustellenkontrollen. Daten von 2021 verraten etwa, welche ausländischen Arbeitnehmer bei

Aargauer Unternehmen angestellt sind. Auch Daten über Löhne scheinen vorhanden zu sein.

Aber nicht nur der Aargau hat mit dem Datenleck zu kämpfen, auch das Bundesamt für Polizei (Fedpol) ist Kunde von Xplain. Technische Dokumentationen darüber, wie interne IT-Systeme des Fedpol funktionieren, sind nun im Darknet zugänglich. Schliesslich sieht sich auch Transscura, der Sicherheitsdienst der SBB, mit ungewollten Veröffentlichungen konfrontiert. Darunter finden sich etwa Namen und Geburtsdaten von Reisenden, die von den SBB verwarnt wurden oder Hausverbot erhielten.

Schweiz, Seite 11

WOCHENENDE

Ein Verbrechen verfolgt den Vatikan

In Rom verschwand vor vierzig Jahren eine Jugendliche. Vieles deutet darauf hin, dass die Mafia und der polnische Papst damit zu tun hatten. Jetzt soll es eine neue Untersuchung geben.

Seite 38–42